

Pressekonferenz GEW BW, 22.03.2024, 11 Uhr, Medienzentrum Landtag

**Landespressekonferenz
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg (GEW)
am 22. März 2024 in Stuttgart**

**Aktualisierte Lehrkräftebedarfsprognose für Grundschulen in
Baden-Württemberg**

Hinweise zu weiteren Terminen:

15. April 2024, 11.00 LPK: zur Umfrage Digitalisierung an Schulen

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Anwesende,

Lehrkräftemangel.

Manche von Ihnen möchten das Wort vielleicht schon nicht mehr hören oder darüber berichten. Aber uns allen ist klar, dass die Personaldecke an den meisten Schulen und Bildungseinrichtungen einem löchrigen Teppich gleicht.

Das führt zu Unterrichtsausfall, Überlastung bei den Lehrkräften und Schulleitungen, aber auch allen anderen Beschäftigten in den Schulen. Es führt auch dazu, dass Kinder und Jugendliche häufig „Mitversehung“ (Unterricht in zwei Klassen in verschiedenen Räumen gleichzeitig), aufgeteilte Klassen und Vertretungsunterricht erleben statt bestmöglich beim Lernen und auf dem Weg ins Leben begleitet zu werden.

Unser Ziel muss es sein, alle Schulen so auszustatten, dass vom ersten Schultag Unterricht wie geplant stattfinden kann, eine ausreichende Vertretungsreserve existiert, Zeit für Qualitätsentwicklung bleibt. Schulen müssen so krisenfest sein, dass sie auch wie in den vergangenen Jahren geflüchtete Kinder jederzeit aufnehmen können.

Dazu braucht die Politik verlässliche Zahlen und muss daraus geeignete Maßnahmen ableiten. Als GEW hatten wir im Oktober 2022 unser bisher letztes Gutachten zum Lehrkräftebedarf in Baden-Württemberg vorgestellt. Bildungswissenschaftler Prof. Dr. Klaus Klemm prognostizierte zu diesem Zeitpunkt: Bis 2035 fehlen in den Schulen im Ländle insgesamt **16.000** Lehrkräfte. Wenn Ziele wie mehr Stellen für Grundschulen und die Inklusion sowie für Schulen in herausfordernden sozialen Lagen erreicht werden sollen, fehlen **27.000** Lehrkräfte.

Aktualisierte Zahlen lieferte im Januar die bundesweite Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Wir haben als GEW den Studienautor Prof. Dr. Klaus Klemm beauftragt, die Zahlen des Lehrkräftebedarfs für die etwa 2.400 Grundschulen in Baden-Württemberg zu aktualisieren.

Uns ist klar, dass die **Situation an den Schulen** nicht zu hundert Prozent planbar ist: Vor zwei Jahren hatte ich unter anderem auf die Corona-Pandemie und den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hingewiesen, welche massive Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und die Bildungseinrichtungen hatten und immer noch haben. Auch die Zahlen geflüchteter Menschen, die hier in Baden-Württemberg ankommen, sind dauerhaft schlecht kalkulierbar. Gerade deshalb ist es notwendig, die Personaldecke nicht immer auf Kante zu nähen, sondern eine Versorgung auf „Normalmaß“ zu erreichen und (pädagogische) Spielräume zu eröffnen.

„Weniger Geburten, mehr Lehrkräfte“

Einige Auswirkungen solcher unvorhergesehenen Ereignisse lassen sich mit zeitlichem Abstand nun erstmals verlässlich beziffern:

Anlass der bundesweiten Studie war die Beobachtung, dass die angenommenen Geburtenzahlen im Jahr 2022 und in den ersten acht Monaten des Jahres 2023 deutlich unterschritten wurden. Weniger Geburten wirken sich schulisch als erstes auf die Bedarfe in der Primarstufe aus, oder, wie es im Titel der Studie heißt: „Weniger Geburten, mehr Lehrkräfte“. Konkret berechnet die Studie, dass abhängig von den Geburtenzahlen ab 2025 und dann aufsteigend bis 2035 bundesweit rund 46.000 mehr Grundschullehrkräfte zur Verfügung stehen könnten als bislang erwartet wurden. Für Baden-Württemberg würde dies ein errechnetes zusätzliches Potential von ca. 7.000 Grundschullehrkräften bedeuten.

Ich möchte an dieser Stelle nicht von Lehrkräfteüberschuss sprechen: Wenn ein Fußballteam nach einer anstrengenden Spielzeit mit sechs langfristigen Ausfällen, die zum Einsatz selbst des Platzwartes geführt haben, in der Winterpause drei neue Spieler*innen verpflichtet, herrscht immer noch kein Überschuss auf der Ersatzbank. Gerade in den Grundschulen und den SBBZ ist die Versorgung nach wie vor nur mangelhaft sichergestellt.

Die in einigen Jahren möglicherweise zur Verfügung stehenden Lehrkräfte sind ein Potential, endlich die Stärkung der Grundschulen, von denen Kultusministerin Theresa Schopper immer wieder spricht, anpacken zu können. Durch sie eröffnen sich Spielräume für die Grundschulentwicklung. Diese Spielräume sind eine Chance für die Bildungspolitik in Baden-Württemberg.

Prognose der Zahlen der Grundschüler*innen

Bisher prognostizierte das Land einen Anstieg der Schüler*innen im Primarbereich. Von diesem Schuljahr an wurde ein Anstieg um knapp 27.300 Schüler*innen auf insgesamt 438.100 im Schuljahr 2026/27 erwartet. Danach sollte es einen Rückgang auf nur noch 419.900 Schüler*innen im Schuljahr 2035/36 geben. Die GEW-Studie aus 2022 folgte dieser Landesprognose weitgehend, wenn auch mit etwas höheren Zahlen.

Um diese Prognosen auf den Prüfstand stellen zu können, müssen wir gemeinsam zwei Faktoren anschauen: die Geburtenzahlen und die Wanderungsbilanz, also die Zahl der Zu- und Wegzüge über die Landesgrenzen Baden-Württembergs.

Die **Geburtenzahlen** der letzten Jahre waren geringer, als in den Prognosen angenommen: Für 2022 wurden 3.400 Neugeborene mehr erwartet als in Baden-Württemberg geboren wurden. 2023 überstieg die vom Land erwartete Geburtenzahl die tatsächliche Zahl um etwa 10.100.

Das bedeutet: Wenn die Geburtenzahlen der kommenden Jahre genauso bleiben und nicht wieder steigen, so wird das ab 2028/29 erhebliche Auswirkungen auf die Zahl der Grundschulkinder haben. Ab 2032/33 würden dann im Primarbereich etwa 40.000 Kinder weniger lernen als bis vor Kurzem erwartet wurde.

Die **Wanderungsbilanz** ist schwieriger abzuschätzen: Das Land rechnet damit, dass die Zuwanderung bis 2030 steigen wird und Baden-Württemberg jährlich bis zu 40.000 Personen gewinnt. Anschließend stagniere das Wanderungssaldo bei einem Plus von ca. 40.000 Personen im Jahr.

Die tatsächliche Wanderungsbilanz unterlag in den letzten Jahren jedoch starken Schwankungen: Während Baden-Württemberg von 2018 bis 2021 durchgängig weniger Menschen als prognostiziert dazu gewann, gab es 2022 einen Zuwachs von mehr als 178.000 Personen, hauptsächlich bedingt durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Dadurch hat sich zum Schuljahr 2022/23 die Zahl der Grundschüler*innen um etwa 13.300 erhöht. Das Statistische Bundesamt erwartet einen Rückgang dieser Zahlen. Wie stark dieser Rückgang ausfällt, ist schwer abzuschätzen. Ein gemächlicher Rückgang für Baden-Württemberg würde bedeuten, dass die bisherige Prognose der Schüler*innenzahlen die tatsächlich zu erwartende Entwicklung unterschätzt. Allerdings, das habe ich bereits erwähnt, lassen sich Fluchtbewegungen noch schlechter prognostizieren als Fachkräfteeinwanderung und die innereuropäischen Wanderungsbewegungen.

Prognose der Lehrkräfte

Was bedeutet das nun für den Lehrkräftebedarf in Baden-Württemberg?

Die Kultusminister*innenkonferenz (KMK) geht ab Mitte der zwanziger Jahre von sinkenden Schüler*innenzahlen bei beinahe gleichbleibendem Angebot an Lehrkräften aus. Bis 2035 stehen rechnerisch 4.250 Lehrkräfte zusätzlich zum geplanten Bedarf zur Verfügung. Bei Einbeziehung der abgeschwächten Geburtenzahlen als sinkende Bedarfe direkt in die Prognosen, erhöht sich diese Zahl auf 7.051 Personen.

Das gilt nur unter der Voraussetzung, dass so viele Menschen ihr Lehramtsstudium beginnen und vor allem auch erfolgreich abschließen und in den Schuldienst Baden-Württembergs eintreten werden, wie prognostiziert. Klaus Klemm geht bei seinen Berechnungen davon aus, dass die Zahlen der Bewerber*innen im Studium mindestens stabil bleiben. Aktuelle Zahlen legen jedoch nahe, dass in Zukunft weniger junge Menschen ein Lehramtsstudium beginnen und auch erfolgreich abschließen. Erst am 8. März titelte die Schwäbische Zeitung: „Mehr Studienplätze, weniger Bewerber.“ Die Bewerber*innenzahlen für das Grundschullehramt haben sich in den letzten zwei Jahren fast halbiert. Noch reichen die Zahlen aus, um alle Studienplätze im Lehramt Grundschule zu besetzen, aber ein Blick auf das Sekundarlehramt lehrt uns, dass sehr schnell ein Mangel an interessierten Studienanwärter*innen entstehen kann.

Dennoch, so ist zu hoffen, dürfen wir in den nächsten Jahren an den Grundschulen mit mehr Lehrkräften planen als bisher befürchtet. An dieser Stelle möchte ich die klare Aussage von Klaus Klemm unterstreichen: ‚Mehr Lehrkräfte‘ ist nicht gleichzusetzen mit ‚weniger Bedarf‘. ‚Mehr Lehrkräfte‘ bedeutet Sicherheit in einem System, das in Vergangenheit und Gegenwart absolut am Limit, immer wieder auch darüber hinaus war und ist. In der Enquete-kommission krisenfeste Gesellschaft hat die GEW dargelegt, dass die Bildungseinrichtungen

nicht krisensicher sind. In Zeiten wie der Corona-Pandemie oder starker Zuwanderung ist zusätzliches Personal dringend nötig, um überhaupt den Betrieb zu gewährleisten. „Mehr Lehrkräfte“ bedeutet zudem – dafür bin ich heute hier – Spielräume für bildungspolitische Verbesserungen.

Spielräume der Grundschulentwicklung

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr versucht, mit verschiedenen **Maßnahmen** auf den Lehrkräftemangel im gesamten Schulsystem zu reagieren. Diese sollen heute nicht im Fokus stehen. Ich erinnere nur kurz an die missglückte Werbekampagne mit Werbebanner am Stuttgarter Flughafen oder die Einschränkung der Teilzeit- und Sabbatjahrregelung, die zu Recht zu massiven Protesten unter den aktiven Lehrkräften geführt haben. Ich sehe weiterhin keine ausreichenden Bemühungen des Kultusministeriums und der Landesregierung, welche die Situation langfristig verbessern könnten. Statt Aktionismus empfehle ich Gestaltungswillen, z.B. mit den seit langen bekannten Vorschlägen der GEW. Zu unseren 21 Vorschlägen zur Lehrkräftegewinnung, welche der Landesregierung seit letztem Sommer vorliegen, zählen beispielsweise auch für Baden-Württemberg endlich die Bezahlung nach A13/E13 für Grund- und Hauptschullehrkräfte, Unterstützung durch echte multiprofessionelle Teams an Schulen, eine angemessene Bezahlung im Referendariat und die Bezahlung der Sommerferien zwischen Referendariat und Antritt der ersten Stelle. So könnten langfristige Perspektiven für die Bildung und Planbarkeit für Schüler*innen, Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte geschaffen werden.

Für die Grundschulen fordern wir schon lange ein mutiges Gestalten, das den Herausforderungen und Chancen dieser Schulart gerecht wird.

Fünf Gestaltungsbereiche für bessere Grundschulen stelle ich heute vor:

1. Baden-Württemberg hat eine der schlechtesten **Schüler*in-Lehrkraft-Relationen** Deutschlands. Bisher streiten wir uns mit Bayern darum, wer die rote Laterne halten muss. Mehr Stellen bzw. Lehrkräfte pro Schüler*in führen ganz direkt dazu, dass unsere Grundschullehrkräfte endlich individueller auf die sehr heterogenen Bedürfnisse der Schüler*innen eingehen können. Die Aufgabe ist klar: Die Schüler*in-Lehrkraft-Relation muss mindestens auf den Bundesdurchschnitt gesenkt werden, d.h. von 17,1 Schüler*innen je Lehrkraft auf 16,2 Schüler*innen je Lehrer*in. Allein dafür dürften **knapp 2.000** der bisher nicht verplanten Lehrkräfte benötigt werden.
2. In den Grundschulen fehlen Lehrkräftestellen und feste Stunden für den Aufbau kontinuierlicher **Förderkonzepte**. Allein die von der Landesregierung geplante **Sprachförderung** im letzten Kindergartenjahr würde **rund 500 Stellen** erfordern. Der Lehrkräftebedarf der von Ministerin Theresa Schopper angekündigten **Juniorklassen** für die Kinder, die trotz gezielter Sprachförderung im letzten Kindergartenjahr noch nicht die sprachlichen Voraussetzungen erfüllen, um in der Grundschule ohne Probleme lernen können, muss für 22 Wochenstunden gedeckt werden. Der sich daraus ergebende Bedarf ist noch nicht detailliert berechnet, wir gehen aber von **rund 700 Stellen** aus. Dazu kommt der zusätzliche Bedarf für ganztägige Angebote für diese Kinder.

3. Drittens empfehlen wir eine **Ausweitung der Stundentafel**: Im Koalitionsvertrag wird die Einführung von **Ethikunterricht** in Grundschulen in Aussicht gestellt. In immer mehr Grundschulen sind es nicht mehr nur einzelne Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, sondern oft mehr als die Hälfte der Kinder. Die Schulen haben keine Lehrkräftezuweisung für diese Stunden, müssen aber die Aufsichtspflicht gewährleisten. Das führt zu „Mitversehung“ und Aufteilung der Kinder und wird dem Bildungsanspruch aller Kinder nicht gerecht. Um analog zu den 2 Stunden Religion 2 Stunden Ethik pro Klassenstufe einzuführen sind **rund 460 Deputate** erforderlich. Ebenso sind **Poolstunden** zur Differenzierung und zur Durchführung von Förderunterricht zwingend nötig. Die Grundschule ist die Schulart mit der heterogensten Schüler*innenschaft verfügt gleichzeitig als einzige über keine Poolstunden. Das ist nicht länger hinnehmbar. Zum Vergleich: In den Realschulen und Gemeinschaftsschulen stehen pro Klasse 3,6 Differenzierungsstunden zur Verfügung. Wenn man an den Grundschulen **3 Stunden pro Klasse** einführen würde, müsste der Landtag dafür **1.920 Stellen** schaffen.
4. Baden-Württemberg ist ein vielfältiges Bundesland mit großen städtischen Zentren und zugleich weitläufigen eher ländlichen Regionen. Damit gibt es große **Unterschiede bei den Rahmenbedingungen** des Lernens, wie z.B. den Klassengrößen. Überall müssen wir unseren Kindern gleichermaßen gerecht werden. In den Städten gibt es meist große Grundschulklassen. Es gibt zudem mehr Kinder aus Familien, die benachteiligt sind. In diesen großen Klassen ist jede personelle Verstärkung eine Entlastung. Wir setzen uns für eine strategische Planung ein, wie sie eine Ressourcenzuteilung nach dem Sozialindex ermöglicht. Auch hier ein Vergleich: In Hamburg bekommen Schulen mit einem hohen Sozialindex 50 Prozent mehr Stellen zugewiesen Klaus Klemm hatte im Oktober 2022 für eine **sozialindexbasierte Ressourcenzuteilung** für Grundschulen **1.900 zusätzliche Deputate** berechnet, wenn nur die erhöhten Bedarfe der Kinder aus **Bedarfsgemeinschaften** beachtet würden.
5. Am Ende meiner Liste, aber dennoch ganz oben auf der politischen Agenda steht die Erfüllung des Anspruchs auf **Ganztagsbetreuung**. Ministerpräsident Winfried Kretschmann weist gern darauf hin, dass das in seinen Augen eine alleinige Aufgabe der Kommunen sei. Das sehen wir nicht so. Schon aus Gründen der gerechten Bildungsteilhabe muss das Land die Rahmenbedingungen für eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung setzen. Ab August 2026 haben Eltern und Kinder bundesweit einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, der deutlich über die zeitliche Abdeckung von Ganztagsgrundschulen hinausgeht. Gleichzeitig hat Baden-Württemberg noch erheblichen Nachholbedarf an Ganztagsgrundschulen. Ministerin Theresa Schopper bewirbt zu Recht den **Ausbau der gebundenen Ganztagsgrundschulen** als die Form, in der der Ganztagsanspruch am besten mit der Verbesserung Richtung Bildungsgerechtigkeit verknüpft wird. Eine gebundene Ganztagschule bedeutet mehr Zeit für individuelle Förderung, bessere Teilhabechancen aller Kinder sowie eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als GEW haben wir Konzepte für die qualitative Umsetzung des Anspruchs, unsere Mitglieder sind für guten Ganztags im Einsatz. Gute Ganztageschulen brauchen aber Ressourcen, um akzeptiert zu werden. Daher beende ich meine Liste mit einem Appell: Liebe

Landesregierung, lassen Sie uns den Ganztagsausbau gemeinsam gestalten. Nutzen wir unsere Spielräume zum Wohle der Kinder.

Die Liste mit diesen Punkten könnte noch fortgesetzt werden – hier nur einige **Beispiele für Bedarfe für die Grundschulen der Zukunft**: Stellen für gelingende Inklusion, Ausbau einer seriösen Vertretungsreserve (ca. 2.000 Stellen bei ca. 5.000 – 7.000 dauerhaften Ausfällen für alle Schulen), mehr Leitungszeit für Schulleitungen, Einführung einer Klassenlehrer*innen-Stunde etc. – Viele dieser Projekte hat Prof. Klaus Klemm bereits 2017 in der ersten Lehrkräftebedarfsprognose für Grundschulen in BW berechnet und sie finden sich in den immer noch aktuellen, weil nicht umgesetzten Empfehlungen der Kultusministerkonferenz für die Grundschulen aus 2017.

Heute sollte hier an meiner Seite die Schulleitung einer Grundschule sitzen, um Ihnen aus der Praxis erzählen zu können, was Grundschulen alles brauchen. Die Schulleitung hatte sich bereits in Medien zur Situation von Grundschulen und dem Lehrkräftemangel geäußert. Darauf wurde ihr aus der Schulverwaltung nahegelegt, sich nicht mehr öffentlich zu äußern.

Wir dachten, dass die Zeiten, zu denen in Baden-Württemberg Schulleitungen Maulkörbe bekommen, vorbei sind und gehen davon aus und hoffen, dass es sich um Einzelfälle handelt.

Wir erwarten von Kultusministerin Theresa Schopper eine öffentliche Aussage, in der sie Lehrkräfte und Schulleitungen darin bestärkt, sich gerade mit Blick auf die wichtige Herausforderung der **Demokratieerziehung** einzumischen und zu bildungspolitischen Fragestellungen zu äußern. Das wäre auch ein wichtiges Signal angesichts des Bewerber*innenmangels bei freien Schulleitungsstellen.

Die Regelungen zum Thema Presserecht an Schulen finden Sie in Ihren Unterlagen.

Ausblick: Bildung. Mutig. Los!

Lehrkräftemangel.

Dieses Wort wird für uns noch eine Weile ein Synonym für große Probleme und Herausforderungen sein. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass alle Annahmen für die Zukunft mit Vorsicht zu genießen sind. Die Landesregierung, nicht die GEW, ist deshalb in der Pflicht, eine kleinteilige, jährliche Fortschreibung der Vorausberechnungen, der Wanderungsbewegungen und der Geburtenzahlen vorzunehmen und die Folgen für das Bildungssystem zu evaluieren und kurzfristig nachzusteuern.

So oder so kann ich angesichts der aktualisierten Zahlen nicht in Jubelstürme ausbrechen: Zu groß ist der Mangel in den Grundschulen, auf die ich mich heute konzentriert habe. Bis wir flächendeckend genug Bewerber*innen für die freien Stellen haben, werde ich wahrscheinlich in Ruhestand gehen. Und zu groß sind schon heute die Aufgaben, die sich nicht nur durch die fünf skizzierten Gestaltungsbereiche, sondern beispielsweise die mangelbehaftete Umsetzung der Inklusion, zu große Klassen mindestens in den Ballungsräumen oder den absolut notwendigen Ausbau der Vertretungsreserve an den Grundschulen ergeben.

Wir reden nicht über Luxus, sondern einen allgegenwärtigen Mangel, der direkt die Entwicklung unserer Kleinsten im Schulsystem und damit ihre Zukunftschancen negativ

beeinflusst. Bei Verbesserungen für Grundschulen geht es um Ermöglichen erfolgreicher Bildungsbiografien, gesellschaftliche Teilhabe, grundlegenden pädagogischen Anspruch, die Zukunftschancen künftiger Generationen. All das stärkt perspektivisch unsere demokratische Gesellschaft. Wir können es uns nicht leisten, immer mehr Schüler*innen abzuhängen. Dass inzwischen rund 30 Prozent der Schüler*innen nicht mehr über das Mindestniveau hinauskommen, dürfen wir nicht so laufen lassen.

Für Kultusministerin Theresa Schopper und die Landesregierung steht die bessere Förderung der Kinder in den Kitas und den Grundschulen zu Recht ganz oben auf der Prioritätenliste. Daran muss sich die Regierung messen lassen.

Wir brauchen einen gemeinsamen Gestaltungswillen. Ich begrüße das Ziel der politischen Bildungsallianz, die Schullandschaft gemeinsam zukunftsfähiger aufzustellen und nicht alle fünf Jahre – je nach Wahlergebnis – mehr oder weniger die Änderungen der letzten Legislatur in Frage zu stellen. Allerdings begrüße ich das Ziel nur, wenn nicht ein konservativer Rollback das einzige Ergebnis dieser Bildungsallianz ist, was im Moment leider zu befürchten ist. Die GEW plädiert deshalb, bei der Bildungsallianz bildungswissenschaftlichen Sachverstand einzubeziehen und sich an erfolgreichen Bildungssystemen in aller Welt zu orientieren.

Bildungsallianz bedeutet für die GEW vor allem tatsächlichen Gestaltungswillen. Die Ressourcen für die Schulen müssen zukunftsfähig aufgestellt sein. Gerade im Grundschulbereich ist für Baden-Württemberg viel Luft nach oben, wenn wir nicht klägliches Schlusslicht im deutschlandweiten Vergleich sein wollen.

Unser Motto dafür lautet: Bildung. Mutig. Los!

(Und wir haben nichts dagegen, wenn die Landesregierung für Werbekampagnen diese Botschaft für gute Bildung übernimmt.)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!